

SPD

Verlag und Redaktion:
Hannover, Georgstr. 33

Sozialdemokratischer PRESSEDIENST

spd/III/45

Hannover, 16. April 1948

Hier irrt General Clay

-it. Auf Grund englischer Äußerungen von maßgebenden Stellen war in der jüngsten Zeit die Frage eines Besatzungstatuts aus dem Stadium einer einseitigen deutschen Wunsch in das der beiderseitigen Diskussion getreten. Lord Pakenham, der britische Minister für Deutschland, hat vor kurzem in Dortmund "jenen, die ein Besatzungstatut wollen", empfohlen, "... den Mut nicht zu verlieren"; General Bishop, der stellvert. Gouverneur von Nordrhein-Westfalen, hat noch vor wenigen Tagen die deutschen Erwartungen im Sinne Lord Pakenhams bekräftigt. General Robertson hat in seiner Düsseldorfer Rede zwar das Besatzungstatut nicht ausdrücklich erwähnt, im Rahmen seiner Kundgebung konnte aber nicht angenommen werden, daß das Angebot der "vollen, ehrlichen Zusammenarbeit" eine rechtliche Klärung der deutschen Situation durch ein Besatzungstatut ausschließt.

Die Tatsache, daß zu dieser Frage bisher von amerikanischer Seite eine Stellungnahme fehlte, mochte wohl auffallen, konnte aber nicht beunruhigen, weil entsprechend der jüngsten Praxis eine englisch-amerikanische Übereinstimmung auch in diesem Falle anzunehmen war. Das war, wie sich nun herausstellt, ein Trugschluß; wir hatten voreilig vergessen, daß die Deutschen denken und - andere lenken.

General Clay hat das bisherige amerikanische Schweigen gebrochen und - nach einer UP-Meldung - in seinem und General Robertsons Namen den deutschen Wunsch als "verfrüht" zurückgewiesen, da nach seiner Ansicht seine Erfüllung eine deutsche Unterschrift unter den Friedensvertrag erübrigen würde. Diese Worte fielen wie Reif in der Frühlingsnacht auf den zarten Keim deutscher Hoffnungen. Die Wirkung muß umso enttäuschender sein, als die Begründung in den sachlichen Begebenheiten keine ausreichende Stütze findet.

Ein Besatzungstatut ist der Wunsch aller Parteien und es ist bezeichnend, daß sich gegen den bestimmtesten Entwurf in dieser Frage, gegen das von der SPD im Dezember 1947 dem Alliierten Kontrollrat eingereichte Besatzungstatut, bisher keine deutsche Stimme erhoben hat, wohl aber positiv Urteile auch aus Kreisen vorliegen, die der SPD sonst nicht sehr nahe stehen. Dieses Besatzungstatut wollte keineswegs einen Friedensvertrag ersetzen, es wollte vielmehr einem

einem Rechtszustand ein Ende setzen, der sich in drei langen Okkupationsjahren auf die Dauer als unhaltbar erwiesen hat: Dieser Zustand besteht, wie es General Robertson im vergangenen Jahre in einem Schreiben an den Bürgermeister von Essen ausdrückte, darin, dass die Macht der Besatzungsbehörden in Deutschland eine Beschränkung nur in den Willen findet, den die Siegermächte sich selbst auferlegen, oder, wie es vor kurzem Mr. van Wagoner, der Militärgouverneur von Bayern formulierte, dass das (ungeschriebene!) Besatzungsrecht über den Verfassungsrecht der einzelnen Länder stehe - das von den Besatzungsmächten ausdrücklich anerkannt worden ist. In diesen Fragen wollte das Besatzungsstatut eine Klärung herbeiführen, indem es einen für beide Teile verbindlichen juristischen Rahmen über die Rechte und Pflichten der Besatzungsbehörden einerseits und das besetzte Land andererseits abstecken sollte. Es sollte, mit einem Wort, die Kompetenzen klären. Wesentliche Merkmale des Besatzungsstatuts lassen das erkennen, es ist der Tenor des Entwurfes. Es sollte damit der Vorläufer eines Friedensvertrages sein. Noch mehr aber als die vorhandenen, lassen die fehlenden Bestimmungen des Entwurfes erkennen, dass hier keineswegs der Versuch einer Flucht aus der Verantwortung für einen Friedensvertrag vorlag.

Die Aussichten auf einen Friedensvertrag schwinden in dem gleichen Masse, wie sich die Beziehungen zwischen den Westmächten und Russland verschlechtern. Wie sehr dies der Fall ist, wird uns in Berlin täglich demonstriert. Es bliebe noch die Aussicht auf einen Separatfrieden der Westmächte mit den Westgebieten. Diese Eventualität würde die letzten dünnen Fäden endgültig zerreißen, die Ost- und Westdeutschland heute noch miteinander verbinden. Weder Engländer (General Robertson hat es jedenfalls in Düsseldorf vermieden, darauf hinzuweisen), noch Amerikaner, noch Russen, am wenigsten aber die Deutschen, denen die Einheit Deutschlands am meisten am Herzen liegt, ziehen heute diese letzte Möglichkeit in Betracht. Man kann uns daher schlecht die Flucht vor einer Verantwortung vorwerfen, die ohnehin nach der heutigen Sachlage in absehbarer Zeit keine Aussicht auf Verwirklichung hat. (w/2/164/1/ae)

Wallace, Schrittmacher des Bolschewismus

sp. Das Exekutivkomitee der A.F.L. hat sich bekanntlich gegen die Präsidentschaftskandidatur Henry Wallaces ausgesprochen. In der Entschliessung des Exekutivkomitees zu dieser Frage heisst es:

"Die einzige Organisation, die Herrn Wallace unterstützt, ist die Kommunistische Partei. Die Kommunisten haben sich seiner völlig bemächtigt. Er ist zu ihrem Aushängeschild, ihrem Firsprecher und ihrem Lobredner geworden. Die Kommunisten haben natürlich keinerlei Aussicht, Wallace zum Präsidenten wählen zu können. Was sie wollen, ist, Verwirrung in den Reihen der amerikanischen Arbeiterschaft zu stiften und die fortschrittliche Wählerschaft zu spalten. Das Ziel dieser Taktik ist es, die Wahl eines Erzreaktionärs mit isolationistischen Neigungen zu sichern. Dies würde der Expansionspolitik Sowjetrusslands zugutekommen. Es würde ferner in unserem Lande eine Lage schaffen, die den revolutionären Absichten der Kommunisten förderlich wäre. Unterdrückung und Wirtschaftskrise treiben ihnen Anhänger zu."

Der skandinavische Umschwung

B.K. Stockholm, im April 1948

In der Haltung der skandinavischen Sozialdemokratie zu den Kommunisten haben sich in den Nachkriegsjahren bedeutende Veränderungen vollzogen. 1945 waren Illusionen über eine Wandlung im Kommunismus verbreitet. Viele glaubten damals den demokratischen Deklarationen der Kommunisten. Die Zusammenarbeit in der dänischen und norwegischen Widerstandsbewegung schufen Tendenzen zu gemeinsamen Aktionen auch in der Friedenszeit. In den beiden Ländern wurden sogar Verhandlungen über die Vereinigung der sozialdemokratischen und kommunistischen Parteien geführt. Gleichzeitig wirkte auch die verstärkte Stellung der Sowjetunion, welche nunmehr die Ostsee beherrschte, stark auf die Haltung der Sozialdemokratie, die für die Regierungspolitik ihrer Länder verantwortlich war und mit allen Mitteln ein gutes Verhältnis zu Sowjetrußland schaffen wollte. Daher enthielt man sich einer scharfen Kritik der russischen Politik. Es bestanden ebenfalls Illusionen über die weitere Entwicklung in Polen und den anderen Staaten des von sowjetischen Truppen besetzten Osteuropas. Man schrieb wohlwollende Artikel über die "Volksdemokratien" und hoffte auf eine gedeihliche demokratische Weiterentwicklung dieser Staaten.

Die aggressive Außenpolitik Moskaus und deren absolutes Gutheißens durch die skandinavischen Kommunisten zerstörten allmählich diese politischen Illusionen. Die stufenweise Vernichtung der Freiheit und der sozialdemokratischen Parteien in Osteuropa führten zu einem völligen Umschwung in der Haltung der skandinavischen Sozialdemokratie gegenüber den Kommunisten. Am stärksten ist der Kampf gegen die Kommunisten wohl in Dänemark entbrannt. Der dänische Ministerpräsident und Parteivorsitzende der Sozialdemokratie Hans H e d t e f t hat sich in mehreren Reden in den letzten Wochen äußerst scharf gegen die einheimischen Kommunisten gewandt. Er forderte die Arbeiter auf, die Kommunisten mit den schärfsten Mitteln zu bekämpfen und die dänischen Arbeiterorganisationen von ihnen zu reinigen. Gleichzeitig ist es vielerorts zu Austritten aus den Organisationen der kommunistischen Partei gekommen. Viele prominente Kulturpersönlichkeiten haben die Vereinigung "Freunde der Sowjetunion" verlassen. In dem systematischen Kampf, den die sozialdemokratische Presse gegen die Kommunisten führt, werden auch die inneren Verhältnisse im Mutterland der Kommunisten nicht gespart.

Ebenso stark ist die Reaktion auf die letzten Ereignisse in Norwegen. Der sozialdemokratische Ministerpräsident E. G e r h a r d s e n hat ebenfalls in mehreren Reden einen sehr scharfen Trennungsetz zwischen der Sozialdemokratie und den Kommunisten gezogen. Er hat ausdrücklich betont, daß auch die skandinavischen Kommunisten Anhänger der Diktatur und des Terrors sind und zu denselben Gewaltmitteln greifen würden, falls sie zur Macht kämen. Daher müsse man sie nunmehr mit größter Schärfe bekämpfen. "Es ist schön, zu wissen", betonte Gerhardsen, "daß in den skandinavischen sozialdemokratischen Parteien keine Fierlingers vorhanden sind". Im Falle eines Angriffes von außen werde "das norwegische Volk für seine Freiheit und seine Demokratie kämpfen und dafür den Frieden opfern". Viele Protestversammlungen der Arbeiterpartei und der

Gewerkschaften fanden in verschiedenen Städten Norwegens statt. Bei den norwegischen Kommunisten hat eine teilweise Massenflucht aus der Partei eingesetzt. In der Provinz kam es sogar in einigen Orten zur Auflösung der kommunistischen Gruppen.

Etwas weniger lebhaft war der Protest der schwedischen Arbeiterschaft, aber hier war ja auch die Sozialdemokratie in den ersten Nachkriegsjahren nicht so weit in der Zusammenarbeit mit den Kommunisten gegangen, wie es in den beiden anderen skandinavischen Staaten der Fall gewesen war. Das rührt daher, daß in Dänemark und Norwegen das Erlebnis des nazistischen Besatzungsregimes die Zusammenarbeit mit den Kommunisten mehr förderte als in Schweden. Auch scheinen Dänemark und Norwegen von eventuellen russischen Ansprüchen mehr bedrängt zu sein und daher ist die Nervosität dort bedeutend größer. Mit nordischer Ruhe hat aber auch die schwedische Sozialdemokratie einen klaren Abstand von jeder Zusammenarbeit mit den Kommunisten genommen. Der Parteivorsitzende und Ministerpräsident Tage Erlander hat in seinen Reden erklärt, daß die Kommunisten sich "außerhalb der demokratischen Gemeinschaft gestellt haben". Er betonte mehrmals, daß Schweden die Freiheit höher als den Frieden schätze und für diese Freiheit kämpfen werde. Ab April soll 25 Tage lang ein propagandistischer Feldzug im ganzen Lande gegen die Kommunisten geführt werden. In allen Neuwahlen der Gewerkschaftsvorstände haben die Kommunisten stark an Stimmen eingebüßt.

England-Hilfe für die deutsche Arbeiterwohlfahrt

G.G.I. "In beträchtlichem Maße hat das britische Volk Hilfe geleistet, um die Not in Deutschland zu lindern, aber was bisher geschehen ist, hat das Problem kaum berührt. Vor allem ist viel zu wenig geschehen, um den Kräften in Deutschland zu helfen, die auf unsere Hilfe einen wirklichen moralischen Anspruch haben, - jenen Deutschen, die Opfer des Nazismus waren und die jetzt tatkräftig bemüht sind, ein friedliches, demokratisches und sozialistisches Deutschland aufzubauen".

Mit diesen Worten beginnt ein Aufruf, den das Komitee "British Aid for German Workers" (Britische Hilfe für deutsche Arbeiter) vor kurzem in "zehntausenden von Exemplaren in England" verbreitet hat. Unter den englischen Organisationen, die private Hilfsaktionen für die notleidende Bevölkerung Europas durchführen, ist es die einzige, die sich der Unterstützung der deutschen Arbeiterschaft und ihrer eigenen Hilfsorganisationen, der "Arbeiterwohlfahrt", gewidmet hat.

Schon bevor dieses Komitee ins Leben trat, bestand in England ein Ausschuß, der Sendungen für die "Arbeiterwohlfahrt" organisierte. Er hatte sich aus den Reihen in England lebender deutscher Sozialdemokraten gebildet und stand in enger Verbindung mit der "Vereinigung deutscher Sozialdemokraten in Großbritannien". Aber gerade weil er eine Körperschaft der verhältnismäßig kleinen deutschen sozialistischen Emigration in England war, die durch Rückwanderung in die Heimat ständig kleiner wird, erstreckte sich seine Werbe- und Wirkungskraft auf einen Kreis, der zu begrenzt war, um Hilfe in größerem Ausmaß leisten zu können. Das

führte zur Gründung eines englischen Komitees, um die breitere englische Öffentlichkeit für die Unterstützung der deutschen Arbeiterwohlfahrt zu interessieren. Diesem Komitee gehören bekannte Sozialisten Englands an, darunter Victor Gollancz, der das große Hilfswerk "Rettet Europa jetzt" ins Leben rief und durch sein unermüliches Eintreten für eine menschliche Behandlung des deutschen Volkes bekannt ist, sowie einige Vertreter der sozialistische deutscher Emigration.

Zum ersten Mal trat das Komitee mit einer Weihnachtsmesse im Dezember 1947 an die Öffentlichkeit, wobei durch den Verkauf von gestifteten Gegenständen, von Bildern, die deutsche Kriegsgefangene in England hergestellt hatten, und einigen von der deutschen Arbeiterwohlfahrt gesandten Artikeln ein Erlös von einigen hundert Pfund erbracht wurde. Das zweite Mal war es eine öffentliche Versammlung am 23. März, als sich Kurt Schumacher und Erich Ollenhauer in London befanden. Anstelle des erkrankten ersten Vorsitzenden der SPD brachte Ollenhauer den Dank der Deutschen Arbeiterschaft für die Hilfsbereitschaft der englischen Freunde zum Ausdruck. Er wies darauf hin, daß private Hilfsaktionen zwar nicht Anstände seien, die Not des deutschen Volkes zu überwinden, daß aber die moralische Wirkung solcher Hilfe unschätzbar sei. Und er erinnerte in diesem Zusammenhang an Schumachers Ausspruch, daß moralische Kalorien dem deutschen Volke genau so nützlich wie Ernährungskalorien.

Vor Ollenhauer hatten Lucy Middleton über ihre Eindrücke von einer Deutschlandreise, Luftmarschall de Crespigny, der frühere Gouverneur von Schleswig-Holstein, über die Not der Flüchtlinge und der Jugend und Victor Gollancz über die Notwendigkeit, das westliche Deutschland als vollberechtigten Partner einer westeuropäischen Union anzuerkennen, gesprochen.

Die Geldsammlungen des Komitees "British Aid for German Workers" dienen vor allem dem Ankauf von Medikamenten und Lebensmitteln für die deutsche Arbeiterwohlfahrt, sollen aber später auch dazu verwendet werden, die Kosten für den Erholungsaufenthalt deutscher Arbeiterkinder in England zu bestreiten. Wichtigere noch als die Geldsammlungen sind jedoch die Sammlungen von Kleiderstücken und die Sendung von Lebensmittelpaketen. In Verbindung mit der "Arbeiterwohlfahrt" ist eine lange Liste von besonders Hilfsbedürftigen aufgestellt worden, deren Adressen ihnen zur Verfügung gestellt werden, die bereit sind, einen Teil ihrer Lebensmittelrationen von England nach Deutschland zu senden.

Kriegsächtender Pfarrerbund

sp. Etwa 100 evangelische, katholische und altkatholische Pfarrer aus allen vier Zonen trafen sich in Braunschweig zur ersten Zusammenkunft des von dem Braunschweiger Pfarrer Lic.Br. Fritz Wenzel im Jahre 1948 gegründeten "Bundes der kriegsgegnerischen Pfarrer in Deutschland". Einem Satzungsentwurf zufolge betrachtet es der Bund als seine vorrangigste Aufgabe, die Frage von Krieg und Frieden grundsätzlich theologisch zu durchdenken und zu bearbeiten. Angestrebt ist die Einrichtung eines Friedenssonntags, die Rechtfertigung und Unterstützung der Kriegsdienstverweigerung, ferner entsprechende Veröffentlichungen, Kurse, Vorträge und die Schaffung einer Akademie und Bibliothek, ebenso Zusammenarbeit mit gleichgerichteten Bestrebungen im In- und Auslande. Zum ersten Vorsitzenden wurde Lic.Br. Wenzel gewählt.

Die Versicherung der Nichtversicherten

sp. Es gehört zum Begriff der sozialen Gerechtigkeit, dass die gegenwärtigen und kommenden Lasten gemeinsam von allen Bevölkerungsschichten getragen werden. Zu diesen Lasten gehört - und wird in Zukunft in steigendem Masse gehören - die Versorgung der aus dem arbeitsfähigen Alter heraustretenden Altersgruppe. (Auf der Arbeitstagung des Sozialpolitischen Ausschusses der SPD vom 11. bis 13. April in Lebenstedt/Braunschweig stand diese Frage, ausgesprochen und unausgesprochen, im Mittelpunkt der Betrachtungen.)

Die Folgen des Krieges haben viele Menschen, die bisher keinerlei Versicherungspflicht unterlagen, gezwungen, in vorgeschrittenem Alter eine versicherungspflichtige Beschäftigung aufzunehmen. Sie waren vorher von der Versicherungspflicht ausgenommen, weil man annahm, dass ihr Einkommen ihnen für alle Zeit die soziale Existenz sichere. Sie kommen in vorgeschrittenem Alter zur Sozialversicherung und belasten deren Leistungsfähigkeit.

Darüber hinaus lassen auch die zu erwartenden strukturellen Wandlungen der Wirtschaft den Kreis derjenigen, die sich in eigener Vorseorge Sicherheit für alle Wechselfälle des Lebens schaffen können, immer kleiner werden. Sicherheit der Existenz ist für keine Gesellschaftsschicht zu erwarten.

Es ergibt sich daraus die Forderung, den Kreis der Versicherungspflichtigen zu erweitern. Es ist eine soziale Ungerechtigkeit, dass lediglich für den Arbeiter und den kleinen Angestellten die Versicherungspflicht besteht. Diese Menschen haben ein Leben lang Beiträge zur Sozialversicherung zu zahlen und werden an ihrem Lebensabend mit einer Rente, die häufig unter den Sätzen der Wohlfahrtsunterstützung liegt, abgefunden. Zusätzlich haben diese kleinen Leute die Steuermittel zu zahlen, aus denen die Wohlfahrtskosten aufgebracht werden.

Die Nichtversicherungspflichtigen, die lediglich ihre Steuern gezahlt haben, können sich im Notfall sogleich an die Wohlfahrtsbehörde wenden, die auf diese Weise zur "Versicherung der Nichtversicherten" wird, wie es ein Redner auf der Arbeitstagung formulierte. Diese "Versicherung" ist nicht unerheblich. Der Kreis der Unterstützungsempfänger ist höher als der der Sozialversicherungsrentner.

Die Erweiterung des Versichertenkreises ist natürlich nur eines der Probleme, die bei der notwendigen Reform der Sozialversicherung auftauchen. Seine Lösung hat aber über seinen Charakter als Organisationsproblem hinaus symbolische Bedeutung für die Art, in der die kommenden sozialpolitischen Aufgaben in Angriff genommen werden. (u/Bl/164/1/he)

Verantwortlich: Peter Raunau